

Lachebad: Vereinbarung zwischen Stadt und Bürgerinitiative sichert ganzjähriges Schwimmen

Finanzierung unabhängig von Hessentagsgeldern

Einstimmig und mit viel Anerkennung für Anja Eckhardt, Joachim Walczuch und Klaus Spuck, die drei Vertrauenspersonen der Bürgerinitiative (BI) „Pro Lachebad“, haben die Mitglieder der BI am Montagabend dem Entwurf einer Vereinbarung zugestimmt, die ganzjähriges Schwimmen in Rüsselsheim dauerhaft ermöglichen soll.

Erstes Ziel der Vereinbarung wäre, die Finanzierung des von der Stadt geplanten Neubaus des Lachebades unabhängig von Geldern, die in Verbindung mit der erhofften Ausrichtung des Hessentages 2017 in die Stadtkasse fließen könnten, in die Haushaltsplanung für das Jahr 2015 und in die mittelfristige Finanzplanung einfließen zu lassen.

Bis das neue Hallenbad fertig ist, muss – zumindest provisorisch – ganzjähriges Schwimmen am Standort „An der Lache“ gewährleistet werden. Die baulichen Maßnahmen zur Errichtung einer Traglufthalle über dem 50-Meter-Becken des Freibades und die Einrichtung eines Nichtschwimmerbereichs sind so weit fortgeschritten, dass Anfang Dezember mit den Schulen und Vereinen ein Belegungsplan für die restliche Wintersaison 2014/15 besprochen werden kann.

Wenn Verwaltung und Parlament dem Finanzierungsmodus zustimmen und ganzjähriges Schwimmen möglich gemacht worden ist, wird im Gegenzug die BI das mit rund 11 000 Unterschriften erfolgreiche Bürgerbegehren ruhen lassen. Aber: „Für den Fall, dass das Regierungspräsidium Darmstadt eine Genehmigung für den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 nicht erteilt, steht den Vertrauenspersonen (der BI) ein Rücktrittsrecht von der Vereinbarung zu“, heißt es in Punkt 3 des Entwurfs.

Im Frühjahr 2015 soll dann rechtzeitig vor Ablauf der Mietdauer der Traglufthalle nochmals gemeinsam darüber beraten und entschieden werden, ob sie auch in den kommenden Jahren genutzt werden muss oder eine provisorische Reparatur des bestehenden Hallenbades, wie sie im Bürgerbegehren gefordert wurde, finanziell und technisch die bessere Lösung wäre.

Bezüglich des Brandschutzes ist es bei guter Kooperation der Stadtverantwortlichen denkbar, dass es zu Brandschutzlösungen kommen könne - die bei vergleichbaren Kosten für das Anmieten der Traglufthalle liegen könnten. Insbesondere bei Beachtung der deutlichen besseren Funktionalität des Hallenbades für Familien, Kinder, Freizeit wäre eine solche Lösung vorteilhaft.

Die Mitglieder der BI sind sich bewusst, dass die angestrebte Vereinbarung einen Kompromiss und nicht die wortgetreue Umsetzung des Bürgerbegehrens darstellt. Sie sehen auch die möglichen Hürden, die auf

politischer Ebene überwunden werden müssen: am wenigsten wohl die Unterschriften durch die Verwaltungsspitze, mit der der Entwurf der Vereinbarung in zahlreichen Gesprächen abgestimmt worden war, eher noch die notwendige Zustimmung der Stadtverordneten und letztlich des Regierungspräsidiums.

Die BI ist dennoch zuversichtlich, dass angesichts der vor dem Anlaufen des Bürgerbegehrens verhärteten politischen Ausgangslage ein praktikabler Kompromiss erzielt worden ist. Zu danken sei dies vor allem den zahlreichen Aktivitäten der BI, der Unterstützung durch alle, die durch ihre Unterschrift ein mächtiges bürgerschaftliches Engagement deutlich gemacht haben, aber auch der zum Schluss kooperativen Haltung des Magistrates und der Fraktionen im Stadtparlament.